

Dr. Hannes Androsch

Industrie bringt Lebensqualität:

Die industrielle Entwicklung hat in der Geschichte der Menschheit den Wohlstand der Nationen in einem zuvor nie gekannten Ausmass befeuert. Im Jahr 1800 lebte eine Milliarde Menschen auf der Erde, heute sind es über sieben Milliarden und bald werden es fast zehn Milliarden sein. Eric Hobsbawm hat den mit der Industrialisierung verbundenen Fortschritt einmal mit dem Bild verglichen, dass heute ein Mensch - zumindest bei uns- viel besser lebt als ein Monarch vor 200 Jahren. Die mit der industriellen Revolution in immer schnellere Abfolge einhergehenden technologischen Entwicklungen haben die menschliche Zivilisation von Grund auf verändert. Daher wird die Zeit ab 1800 auch als Zäsur für ein neues Zeitalter, das Anthropozän bezeichnet, also das Zeitalter der Menschen. weil die Spezies Mensch die Welt und ihre Biosphäre dominiert. .Leichtere Arbeit, die Verkürzung der Arbeitszeit, der medizinische Fortschritt und die wirksame Bekämpfung von Infektionskrankheiten einschließlich der Verbesserung der medizinischen Versorgung und verbesserte Hygienestandards haben vor allem auch einen markanten Anstieg der durchschnittlichen Lebenserwartung der Menschen von 40 auf mittlerweile 80 Jahre mit weiterhin steigender Tendenz bewirkt.

Wesentliches Charakteristikum der industriellen Revolution ist der Ersatz von Muskelkraft – men- and horsepower - durch Maschinenkraft. Diese wird inzwischen zunehmend durch brain power ersetzt. Mit der digitalen Revolution erleben wir gerade den Anbruch einer neuen Phase der industriellen Entwicklung, für die Begriffe wie Internet der Dinge, Big Data, Industrie 4.0, 5.0, Cyber Physics Systems stehen. Wer sich auf dem globalen Weltmarkt erfolgreich behaupten will, muss sich auf diese Entwicklung einstellen und diese nicht nur mittragen, sondern mitgestalten und weiter vorantreiben. Daher ist es wichtig, dass ein Wirtschaftsstandort über eine zukunftsorientierte und entsprechend innovationsgetriebene industrielle Basis verfügt, wofür ein hervorragendes Bildungs- und Ausbildungssystem unumgänglich ist.

Unser Land ist dafür im historischen Rückblick ein anschauliches Lehrbeispiel. Die von England ausgehende Industrialisierung wurde in anderen Ländern rascher aufgegriffen als in der Donaumonarchie, wo man das revolutionäre Potential eines Industrieproletariats fürchtet. Dort wurden daher die mit der Industrialisierung verbundenen Chancen nur unzulänglich genutzt, obwohl es etwa bei Eisen im übertragenen Sinn bereits industrielle "Wurzeln" gab, die bis in die Keltzeit zurück reichen. Als Folge ist die Donaumonarchie bis zum Ersten Weltkrieg zunehmend zurückgefallen.

Nach dem Zerfall der Monarchie blieb Österreich als unbedeutender "Rest" eines einstigen Weltreichs bestehen. Die Erste Republik, abgeschnitten von den Industriegebieten in Böhmen und Mähren sowie dem Getreidelieferanten Ungarn, wurde zum Armenhaus Europas. Der Aufstieg unseres Landes, das inzwischen zu den reichsten Industrieländern der Welt zählt, begann mit dem Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg. An dieser Entwicklung hat das durch den Marshallplan geförderte Bestreben, eine breite industrielle Basis aufzubauen, grundlegenden Anteil. Die Basis dafür bildeten die noch zum Teil aus der Monarchie stammenden Industrieaktivitäten und die verstaatlichte Industrie, darunter Unternehmen wie die VÖEST, Lenzing, Chemie Linz, heutige Borealis, oder die Aluminiumwerke Ranshofen. Die erfolgreiche Aufwärtsentwicklung der österreichischen Wirtschaft wurde von der ÖVP mit dem Etikett "Raab-Kamitz-Kurs" politisch geschickt vermarktet, richtigerweise müsste dieser um den Namen des damals für die Verstaatlichte Industrie und die Energiewirtschaft zuständigen Ministers Karl Waldbrunner ergänzt werden, dessen Politik im Zeichen von Modernisierung, Innovationen sowie Aus- und Weiterbildung als Humus für den Fortschritt stand, wobei man wissen muss, dass damals die Verstaatlichte auf die Grundstoffindustrie beschränkt war, weil die Finalindustrie den Privaten vorbehalten bleiben sollte. In der ÖVP-Propaganda wurde vom "Königreich Waldbrunner" gewarnt, unterschwellig war mit dieser Begriffswahl wohl auch der Respekt vor seiner Persönlichkeit und seiner Gestaltungskraft verbunden.

Jetzt mache ich einen großen Sprung: Heute beträgt bei uns der Anteil der Industrie an unserer Wirtschaftsleistung 18,2 Prozent, das ist deutlich mehr als im EU-Schnitt und in den USA. Dort wird allerdings derzeit eine durchaus erfolgreiche Politik der Reindustrialisierung betrieben. In Deutschland beträgt der Anteil der Industrie an der wirtschaftlichen Wertschöpfung ungefähr 24 Prozent., Ziel der EU sind 20 Prozent.. Österreich ist hier also auf einem guten Weg, zu dem zahlreiche sogenannte „Hidden Champions“, also Firmen, die sich mit exzellenten Nischenprodukten erfolgreich auf dem Weltmarkt behaupten, maßgeblich beitragen. Der Wohlstand in unserem Land war und ist eng mit seiner industriellen Entwicklung verknüpft. Daher muss eine zukunftsstarke industrielle Basis ein wirtschaftspolitisches Hauptanliegen bleiben. Dieses schließt die Bereitstellung einer modernen Infrastruktur samt einer sicheren Energieversorgung ein. Dafür aber braucht es endlich eine vorausschauende Energiepolitik. So wie nach 1945, als man von der Kohle unabhängiger werden wollte und daher auf den Ausbau der umweltfreundlichsten und ressourcenschonendsten Energiegewinnung setzte: die heimischen Wasserkraft. Für die damit verbundenen menschlichen Anstrengungen und technischen Meisterleistungen wurden die "Helden von Kaprun" zum Symbol. Dieses Speicherkraftwerk und das von der VÖEST in Linz und Donawitz entwickelte LD-

Verfahren, das die Erzeugung von Stahl revolutionierte, waren identitätsstiftende Beispiele für die Innovationskraft und den Weg unseres Landes zu einer erfolgreichen Industrienation. Bei der Elektrifizierung hatte Österreich nach 1945 einen großen Aufholbedarf, weil böhmische und polnische Kohlebarone diese aus geschäftlichem Eigeninteresse noch in der Zwischenkriegszeit hintertrieben hatten. Auch heute geschieht wieder Irreales: Seit Hainburg und Dorfertal nutzen wir unsere Wasserkraft nicht, 80 Prozent unserer Energiewirtschaft basiert auf fossiler Basis, also Erdöl, Erdgas oder Kohle. Unser Land, lange Zeit ein Stromexporteur, wurde zum Stromimporteur, davon rund 15 Prozent Atomstrom, obwohl wir seit Zwentendorf das heuchlerische Selbstbild eines atomstromfreien Landes hochhalten. Vor allem aber benötigen wir rasch eine flächendeckende Breitband-Infrastruktur, um die digitale Revolution nutzen zu können.

EWG und EFTA

Unsere Exportstruktur zeigt, wie sehr wir trotz vermehrter Handelsbeziehungen nach Asien und in die Schwellenländer europazentriert sind, nicht zuletzt wegen der Ostöffnung, von der Österreich allerdings überproportional profitiert hat..

Während des Kalten Krieges hatte ein Beitritt Österreichs zur EWG keine Chance. Es gab einmal einen Versuch, als die SPÖ noch in Opposition war.. Die Ökonomen wollten den Beitritt, trotz aller Meinungsverschiedenheiten setzte sich schließlich aber die Erkenntnis durch, „das geht realpolitisch nicht, weil dann haben wir einen Krieg mit den Sowjets.“ Diese würden einen solchen Schritt als eine Staatsvertragsverletzung werten, quasi ein Anschluss an Deutschland, was dem Anschlussverbot widersprechen würde.

Eine meiner ersten Parlamentsreden war 1968 zum Thema Handel: Ich habe in Anspielung an Erich Maria Remarque (im Westen nichts Neues) gemeint: „unsere Integrationspolitik ist von Bocksprüngen gekennzeichnet.“ Das war mein Einstieg als jüngster Abgeordneter. Meine Parteifreunde von der SPÖ haben sich gefreut unter dem Motto „frecher Bua der, aber OK“. Aber der Handelsminister Fritz Bock von der ÖVP hat damals einen dicken Hals bekommen. Später war er mein Aufsichtsratsvorsitzender bei der CA.

Fit gemacht für Europa

Die EFTA war kein vollwertiger Ersatz für die EWG, denn unsere wichtigsten Handelspartner waren Deutschland und Italien und unsere EFTA-Partner waren weit weg. Das hat uns wirtschaftlich und industriepolitisch benachteiligt. Und dann

plötzlich die Wende, die Briten traten 1973 der EWG bei und es blieb nur mehr eine Rest-EFTA übrig. Eine solche existiert heute noch.

Im Jahr 1973 wurde mit dem EG-Freihandelsabkommen eine Brücke zwischen EWG und EFTA geschlagen. Dieses wurde 1973 für alle EFTA-Staaten wirksam. Österreich bekam bereits im Juni 1972 insofern ein "bene", da uns die Begünstigungen in einem Interimsabkommen schon ab 1. Oktober 1972 gewährt wurden. Das war ein unglaublich kurzer Übergangszeitraum und hat uns im Finanzministerium sehr gefordert. Industriepolitisch hat Österreich aber davon enorm profitiert.

In wirtschaftspolitischer Hinsicht kam es damals zu folgenden Änderungen mit großer Tragweite: Die Umstellung der Allphasen-Brutto-Umsatzsteuer auf die Mehrwertsteuer und die sogenannte Hartwährungspolitik. Allerdings, zuerst haben wir gegenüber der D-Mark und dem Schweizer Franken abgewertet, was oft vergessen wird. Die Umstellung auf die Mehrwertsteuer war im Finanzministerium inhaltlich gut vorbereitet worden und konnte im Zusammenwirken mit einer umfassenden Öffentlichkeitsarbeit ohne Proteste umgesetzt werden. Dies war ein beachtlicher Erfolg, wenn man bedenkt, dass der Umstieg auf die Mehrwertsteuer der Industrie etwa zweieinhalb Milliarden Schilling an Subventionen entzogen hat. Im Gegenzug wurden allerdings durch den Vorsteuerabzug die Investitionen entlastet, Dies hat einen unglaublichen Struktureffekt bewirkt und die Hartwährungspolitik war ein zusätzliches Fitnesstraining. Davon hat unsere Industrie und in der Folge unser Wirtschaftsstandort noch lange profitiert.

EU-Beitrittsverhandlungen

Weil wir so „patschert“ verhandelt haben, viel patscherter als die Finnen oder die Schweden, musste der damalige deutsche Kanzler Kohl eingreifen. Er hat sogar noch seinen Außenminister Klaus Kinkel von einer Afrikareise eigens zu den Verhandlungen beordert. Außenminister Alois Mock war damals schon krank und es hat damals zwischen Brüssel und Wien einfach nicht gut funktioniert. Bei den Schweden und den Finnen war das anders. Gab es ein strittiges Thema, so war diese am nächsten Morgen zwischen den Staatskanzleien geklärt. Uns aber hat der deutsche Bundeskanzler Kohl an die Hand nehmen müssen, damit unser Beitritt, den er wollte, schlussendlich nicht scheitert. Das hat er mir später in der Staatskanzlei erzählt. Am Schluss hat unser Weg nach Brüssel über Bonn geführt, das war nicht sehr elegant.

Die Hartwährungspolitik der 1970er Jahre

In den 1960er Jahren beginnt das Geflecht der festen Wechselkurse des Bretton-Woods-Systems brüchig zu werden. Frankreich unter De Gaulle hat ja ständig bei

der FED Dollar gegen Gold umgetauscht, sodass es einen offiziellen und einen privaten Goldpreis gegeben hat. Vor 1953 hat es drei Wechselkurse für den Schilling zum Dollar gegeben und wir sind schließlich auf einen sehr günstigen von 1:26 umgestiegen. Das war eine bewusste Unterbewertung des Schilling zur Förderung der österreichischen Exporte.

Im Herbst 1969 kam es zu Währungsanpassungen. Im August 1969 wurde der France um 11,1 % abgewertet, nach längeren Diskussionen erfolgte am 24. Oktober eine Aufwertung der DM um 9,3 %. Finanzminister Koren wollte schon mit einer Décalage, also in einem geringeren Ausmaß, mit der DM-Aufwertung mitgehen, die Schweizer auch. Die konnten aber nicht, denn sie benötigten dafür einen Parlamentsbeschluss. Die Eidgenossen mussten im 1970er Jahr ihr Gesetz ändern, um diese Hürde zu beseitigen, um rasch reagieren zu können. 1969 ging das noch nicht.

Wir waren damals in Opposition und haben die Währungsproblematik im Klub der SPÖ besprochen. Die Industriellenvereinigung wollte mit Finanzminister Koren nicht mitgehen. In den Finanznachrichten wurde von Schreiduellen berichtet, die man selbst durch die Polstertüren hören konnte.. Auch Kreisky und Benya waren gegen eine Aufwertung des Schillings. Ich erinnere mich an ein Gespräch im Parlament mit Josef Staribacher, unserem damaligen Wirtschaftssprecher, bei dem ich meinte „ich bin dafür, negativ ist aber nur, dass es der ÖVP helfen würde, denn dann würde es heißen, Österreich ist stärker geworden.“ Die Regierung hat dann nicht mitgezogen, aber ich war sodann fest entschlossen, es zu tun.

Dies hat sich bald ergeben, im Jahr darauf wurde ich Finanzminister. Dort habe ich den Auftrag gegeben, einen Akt darüber anzulegen, wie die Währungspolitik rechtlich und technisch abläuft. In diesem Akt stand dann quasi geschrieben, das ginge das Finanzministerium eigentlich nichts an, das ist Sache der Nationalbank nach dem Notenbankgesetz. Ich habe dazu gemeint „ich kann das nicht nachvollziehen, ich akzeptiere das auch nicht. Es gibt ja das Devisengesetz und nach dem Devisengesetz ist die Notenbank Unterbehörde und das Finanzministerium Oberbehörde“. Daraufhin habe ich dem Sektionschef den Akt zurückgegeben. Das hat diesem gar nicht gefallen, da kommt so ein junger Finanzminister und will dem Sektionschef sagen, wo es langgeht. Das hat auch die Runde gemacht und zu einer parlamentarischen Attacke des vormaligen Ministers für Handel, Gewerbe und Industrie, und nunmehrigen Abgeordneten Otto Mitterer geführt. In einer wilden Rede hat er mich was weiß ich nicht alles bezichtigt. Vor dem Sommerloch hat mich der Generaldirektor der Länderbank, Franz Ockermüller, vor der Möglichkeit einer neuerlichen Währungsturbulenz gewarnt: „du pass im August auf, da kann etwas passieren.“ Es ist dann zunächst nichts passiert, dafür aber ein Jahr später.

Im Frühjahr 1971 kam es zu heftigen Spekulationswellen gegen den Dollar und jene Währungen, die gegenüber dem Dollar als unterbewertet galten. Diese Entwicklung erreichte im Mai 1971 einen neuen Höhepunkt. Aufgrund des enormen Dollarzuflusses sah man sich in mehreren Staaten, darunter auch in Deutschland, der Schweiz und Österreich gezwungen, den Ankauf der US-Währung einzustellen. Als der deutsche Vorschlag, innerhalb der EG zu einem gemeinsamen Floaten gegenüber dem Dollar am Widerstand Frankreichs scheiterte, wurden die Wechselkurse der deutschen Mark und des holländischen Gulden frei gegeben und der Schweizer Franken um 7,1 % aufgewertet. Gleichzeitig änderte Österreich erstmals seit Vereinheitlichung des Wechselkurses im Mai 1953 den Kurs zum Dollar. Der Schilling wurde am 10. Mai 1971 gegenüber dem Dollar um 5,05 % aufgewertet. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass es gegenüber dem Schweizer Franken und der DM praktisch zu einer Abwertung des Schillings kam, weil die Aufwertung des Schillings geringer ausfiel als der jeweilige Kursanstieg der beiden anderen Währungen. Zur Währungsanpassung gab es eine große Sitzung der Sozialpartner und der Opposition, da herrschte noch Einhelligkeit darüber, dass wir das tun sollen.

Dann aber hat die Uneinigkeit begonnen. Im Frühjahr 1973 gab es bei einer neuerlichen Währungskrise zunächst keine Einigung mehr. Nachdem die damaligen Mitgliedsstaaten der EG eine gemeinsame Freigabe ihrer Wechselkurse gegenüber dem Dollar vereinbart hatten, war die D-Mark um weitere drei Prozent aufgewertet worden. Am 30. März 1973 zog der Schilling mit einer Aufwertung um 2,2 % nach. Diese Aufwertung konnte ich nach hartem Ringen mit dem Einverständnis aller Sozialpartner treffen, wobei die Vertreter der Wirtschaft die Höhe des Aufwertungssatzes als ein gerade noch annehmbares Maximum betrachteten. Der damalige Generalsekretär der Bundeswirtschaftskammer, Dr. Arthur Mussil, bezeichnete die herbeigeführte Übereinstimmung als einen „überlappenden Konsens“. Nach der Erzielung dieses Ergebnisses – es war ein Samstag - rief ich gegen Mittag in der Armbrustergasse an und überbrachte Kreisky die freudige Mitteilung über die Einigung. Er aber reagierte verärgert und hat gemeint: „na, wenn ihr mich nicht mehr braucht...“ Dass ohne ihn eine Lösung gefunden wurde, das hat ihm nicht gepasst. Das war der erste Widerspruch. Ich weiß noch, dass ich ziemlich irritiert zum Mittagessen nach Hause gekommen bin, wo Michael Heltau gerade zu Gast war.

Die Hartwährungspolitik mit der Bindung des Schillings an die DM wurde seitens der Wirtschaft nicht von allen goutiert, insbesondere nicht von Vertretern der Industrie, die mit Bundeskanzler Kreisky eine einflussreichen Fürsprecher hatten. In diesem währungspolitischen Konflikt zwischen dem Bundeskanzler und seinem Finanzminister ist Koren – er war seit 1.2.1978 Präsident der OeNB – einmal zu Benya gegangen und hat ihn um Rat gebeten, „Was soll ich machen, ich bin eh der

Meinung des Finanzministers, aber der Bundeskanzler will keinen hohen Schillingkurs". Darauf hat Benya gemeint, „halten Sie sich an den Finanzminister.“ Mit den Vertretern der Gewerkschaft hatte Kreisky einen monatlichen Jour fix. Diesen hat Kreisky damals genutzt, um gegen einen harten Schilling mit Argumenten wie etwa die Verbilligung der Edlestahlexporte von Böhler nach Italien Stimmung zu machen. Er wollte den Benya „einseifen“, wie man umgangssprachlich zu sagen pflegt - gebrieft vom Industriellen Kahane und dem Präsidenten der Industriellenvereinigung, Hans Igler. Benya hat sich das angehört und auf die Frage von Kreisky, warum er nicht seiner Meinung sei, geantwortet: „Weil's ein Blödsinn ist“.

Kreisky hat die Hartwährungspolitik nicht verstanden oder nicht verstehen wollen. Meine Linie in der Währungspolitik hatte ich auch mit dem VOEST-Chef Heribert Apfalter abgestimmt. Dieser hat gemeint „ich brauche keinen weichen Schilling, ich habe ja auch eine Einkaufsseite. Was ich mir da vielleicht teilweise auf der Erlösseite hole, geht mir auf der Aufwandsseite verloren.“ Das war für mich die Bestätigung, dass ich richtig liege. Der Wechselkurs ist ja keine Einbahn und wohin der italienische Weg der Abwertung geführt hat, das wurde uns ja mittlerweile drastisch vor Augen geführt. Aber einfach war die Linie nicht zu fahren, es waren ja auch der Internationale Währungsfonds, die OECD und das Wifo gegen die Hartwährungspolitik. Der österreichische Weg der 1970er Jahre, der einen für Österreich spezifisch zugeschnittenen Lösungsansatz für die stabilitätspolitischen Herausforderungen beinhaltete, wurde je nach Schwerpunktlegung der Betrachtungsweise als „Austrokeynesianismus“ (Hans Seidel) oder „Austromonetarismus“ (Gottfried Haberler) betitelt. Milton Friedman stand dem Policy Mix unseres Wirtschaftskurses ziemlich verständnislos gegenüber. Die Diskussion, die ich eine Stunde lang mit ihm darüber in der Wohnung des damaligen Missionschefs bei der UNO, Peter Jankowitsch, in der 5th Avenue in New York geführt habe, endete mit der Übereinstimmung „We agree to disagree.“

Anton Kausel und Wilhelm Hankel waren die einzigen Theoretiker, die gemeint haben, wir würden richtig liegen.. Der Kausel hat ja immer Recht behalten. Ich habe ihm einmal gesagt „Herr Professor, Sie haben immer Recht behalten, aber aus den falschen Gründen, weil wir immer etwas anders gemacht haben.“ Seine Begründungen haben nie gestimmt, das angepeilte Ergebnis allerdings schon. **Der** damals betriebene Policy Mix, der neben der Geld- und Währungspolitik auch steuerliche, budget- und einkommenspolitische Maßnahmen einschloss, brachte dem Land Prosperität. Die wirtschaftlichen Wachstumsraten lagen über dem europäischen Durchschnitt, die Arbeitslosenraten betrug im Jahresdurchschnitt 2 % und überstieg nie die Grenze von 60.000 arbeitslos gemeldeten Personen. Dies brachte uns auch international Anerkennung was sich nicht nur in der Verleihung des Wirtschafts-

Oscars, sondern auch der Berichterstattung international renommierter Zeitungen, wie dem "Economist", der "Herald Tribune" oder der "Financial Times" widerspiegelte. Ein Patentrezept war der pragmatische wirtschaftspolitische Kurs Österreichs aber nicht. Er war auf die konkreten österreichischen Problemstellungen ausgerichtet in Verbindung mit einer Struktur-, Reform- und Modernisierungsoffensive.

Aus dem Verkäufermarkt wurde ein Käufermarkt

Aus verschiedensten Gründen haben Chemie Linz, Schoeller, VOEST usw. ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Die haben gemeint, es ginge so weiter wie nach dem Krieg und haben verschlafen, dass aus einem Verkäufermarkt längst ein Käufermarkt geworden ist. Genauso wie die berüchtigten „sieben Schwestern“ in der Ölindustrie. Der erste, der das gemerkt hat, war Gaddafi. Kurz nachdem er nach einem Putsch Staatschef in Libyen geworden war, erzwang er gegen die big seven der Erdölindustrie eine eigentlich lächerliche Ölpreiserhöhung. Die weitere Folge ist bekannt, 1973 und 1985/1986 kam es zu den beiden sogenannten Erdölkrisen und Preisschüben.

Verstaatlichte

Die CA hatte im Jahr 1985 Semperit, Steyr Daimler Puch und Andritz mit 10 Milliarden Schilling zu sanieren. Bei der Länderbank war es nicht die Industrie, sondern hat es die Bank erwischt. Der Länderbank-Konzern war kleiner, aber besser als die Bank. Die CA war als Bank besser, ihr Konzern aber schlechter. Die wirtschaftliche Lage der Industriebeteiligungen der CA war so bedrohlich, dass sie die Bank gefährdet haben.

Verstaatlichte und VOEST

Im Herbst 1985 ging die Verstaatlichte gleichsam in die Luft, nachdem die Voest und die Chemie Linz durch Spekulationen ihrer Handelshäuser schwere Verluste erlitten hatten. Ferdinand Lacina, der in der Regierung für die Verstaatlichte zuständig war, hat dabei überreagiert. Meine Position bei der VOEST-Krise 1986 war: Die endgültige Verlust-Realisierung läuft euch nicht so schnell davon. Der damalige Finanzminister Lacina, beraten vom OMV Vorstand Meszaros, hat aber die Nerven geworfen. Hätte er drei Monate länger gewartet, wären aus den Verlusten ein Riesengeschäft erwachsen – sowohl bei der Intertrading als auch bei der Merx, weil den Spekulanten die Luft ausgegangen wäre. So aber war der Löschsaden größer als der Brandschaden, wie Hans Igler treffend gemeint hat.

Die Unternehmen der Verstaatlichten entwickelten sich lange gut, die Probleme kamen dann, als man die Zeichen der Zeit nicht sehen und dringend notwendige Strukturanpassungen mit Hilfe der Politik aus dem Weg gehen wollte. Bei der VOEST hat es in den 1970er Jahren geheißen „der Zentralbetriebsrat Ruhaltinger ist der Generaldirektor, Generaldirektor Apfalter ist der Außenhandelsminister und Bundeskanzler Kreisky ist Betriebsratsobmann.“ So hat sich das ja auch abgespielt, das war aber ein schlechtes Ordnungsprinzip. Das Verstaatlichten-Debakel hat dem Steuerzahler rund 150 Milliarden Schilling gekostet, etwa 40.000 Arbeitsplätze gingen verloren.

AIT Seibersdorf

Ich habe den Auftrag gehabt, die staatliche Forschungsgesellschaft „Austrian Research Centers“, vormals „Seibersdorf“, die nach der Regierungsverantwortung von Schwarz-Blau vor dem Aus stand, wieder auf Vordermann zu bringen. Dafür habe ich ein neues Management etablieren können, die getroffenen Personalentscheidungen haben sich als richtig herausgestellt. Die in AIT Austrian Institute of Technologies umbenannte Forschungsgesellschaft ist längst profitabel und erwirbt sich auch international zunehmende Reputation, was sich in der immer größeren Zahl von Kooperationsabkommen mit anderen Forschungseinrichtungen bzw. wissenschaftlichen Instituten, aber auch in einem zunehmenden Auftragsvolumen mit einem immer höher werdenden ausländischen Anteil niederschlägt. Meine Aufgabe als Vorsitzender des Aufsichtsrats und damit als als Eigentümerversorger sehe ich darin, die Strategie des der Eigentümer für das Unternehmen festzulegen, um das Unternehmen im In- und Ausland erfolgreich zu positionieren, den wirtschaftlichen Erfolg sicher zu stellen und direkte Einmischungen der Politik in das Tagesgeschäft hintanzuhalten nach dem Motto: „Ich halte euch den Rücken von der Politik frei und ihr arbeitet.“

Als Eigentümerversorger mische ich mich, von der Bestellung des Vorstands bzw. der Geschäftsführung abgesehen, in personelle Angelegenheiten nicht ein. Dafür habe ich ein Management. Ich bin in erster Linie an der unternehmerischen Strategie interessiert, was aber nicht heißt, dass ich nicht auch über unternehmerische Details Bescheid wissen möchte und entsprechend nachfrage. Dabei ist es sinnvoll, dass die Mitarbeiter niemals wissen dürfen, was ich alles weiß oder nicht weiß. Dieser Weg ist der sinnvollste, um sich bei Bedarf ein objektives Bild zu verschaffen, da ein einzelner ja nicht alle Akten lesen kann.

Sozialstaat

Zum Exempel dafür steht Europa, das mit sieben Prozent der Weltbevölkerung fast 25 % der globalen Wirtschaftsleistung generiert, aber 50 % des weltweiten Sozialbudgets konsumiert. Im OECD-Durchschnitt beträgt die Sozialquote, die dem Anteil der Sozialausgaben an der Wirtschaftsleistung entspricht, 21,7 %, in den USA 19,6, in China unter sechs und in vielen anderen Regionen der Welt ebenso deutlich unter zehn %. Im europäischen Durchschnitt erreicht die Sozialquote 25 Prozent, wobei Österreich mit fast 30 Prozent einen Spitzenplatz einnimmt.

Dementsprechend stieg auch die Gesamtsteuerbelastungsquote (entspricht der Summe aus Gesamtsteuereinnahmen, Arbeitgeberbeiträgen und Sozialabgaben als Prozentsatz des BIP) in Österreich in den letzten Jahrzehnten um knapp zehn Prozentpunkte auf zuletzt 43,4 % an. Die Arbeitgeberbeiträge des Staates eingerechnet kommt man auf eine Quote von 45,3 %. Im OECD-Durchschnitt beträgt diese zuletzt (im Jahr 2013) 34,1 %, in den USA 25,4, im Durchschnitt der EU 35,7 in Deutschland knapp 41 und in der Schweiz weniger als 39 %. Damit hat Österreich auch bei dieser Kennzahl einen Höchstwert erreicht. Auf den Punkt gebracht ist insgesamt der „Steuerpreis“ für den Umfang und die Qualität der erbrachten öffentlichen Leistungen, denen es allzu oft an Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit im Sinne der Bundesverfassung fehlt, in Österreich einfach zu hoch. Das kann sich auf Dauer nicht ausgehen, wie die Schieflage der öffentlichen Haushalte zeigt. Deren Ursachen sind längst bekannt. Der Rechnungshof, IHS und das WIFO haben konkrete Vorschläge auf den Tisch gelegt, wie man alleine durch die Straffung der Verwaltung, den Abbau von Parallelstrukturen und Mehrgleisigkeiten Milliarden einsparen könnte. Auch im Bildungsbereich kommt vom Geld das dafür ausgegeben wird, bekanntlich nur jeder dritte Euro auch im Unterricht selbst an. Österreich gräbt sich selbst das Wasser ab: durch Überbürokratisierung, Regulierungswut und Reformblockaden sowie viel zu wenig Investitionen in die Zukunft. Die Folge: statt zum Spitzenfeld aufzuholen fallen wir in den internationalen Rankings selbst im Mittelfeld zurück.

Die Schweden haben in den 1990er Jahren gezeigt, wie man ein Problem lösen kann, die Schweizer und die Amerikaner ebenfalls. Von Schröders „Agenda 2010“ profitiert Deutschland heute noch.

Banken und Risiko

Wann immer man in den Nuller-Jahren nach Washington kam, ob zu Weltbank, Währungsfonds oder FED, wurde nicht nur ich auf das Engagement der österreichischen Banken in Osteuropa als ein Systemrisiko angesprochen. Wenn man das dann in Österreich zur Sprache gebracht hat, wurde einem nicht

geglaubt. Die Amerikaner haben Recht gehabt. In den Nuller-Jahren haben wir ein durchgehendes Versagen der Aufsichtsbehörden Notenbank, FMA und Finanzministerium zu beklagen. In Wahrheit hat keiner auf den Bankensektor und den Kapitalmarkt aufgepasst. Die Banken sind wegen der eigenen Ertragsschwäche nach Osten gewandert, das war zuerst ja auch erfolgreich und sie handelten so, als ob das Risiko abgeschafft worden wäre. Und das fällt uns jetzt auf den Kopf.

Das ist in der heutigen Konfiguration sicher eine der Gefährdungen für die wirtschaftlichen Entwicklung der nächsten zehn Jahre, das wird aber in der Öffentlichkeit viel zu wenig thematisiert. Die derzeitige Situation unseres Kreditapparats ist so, dass wir unter einer massiven Kreditklemme leiden. Es ist einfacher, für ein Investment von AT&S in China 500 Millionen Euro aufzustellen als für ein Gesundheitshotel in Österreich 30 Millionen, obwohl ein Schwesterbetrieb bereits sehr erfolgreich in Betrieb ist. Die Banken fallen für die Finanzierung der Wirtschaft aufgrund der ihnen auferlegten Eigenkapitalvorschriften (Basel III) weitgehend aus, obwohl es am Markt nicht an Liquidität mangelt. Der Witz dabei ist, dass uns die USA diese Vorschriften aufs Auge gedrückt haben, sie diese aber selber erst gar nicht umsetzen. Wenn man will, dass die Banken gestärkt werden, dann muss man sie etwas verdienen lassen, sonst können sie aus sich heraus kein Eigenkapital aufbauen oder mangels Ertragskraft von außen einwerben.

Das wollen die politischen Entscheider oft nicht verstehen, was aber eine massive Schwäche der österreichischen Wirtschaft im Allgemeinen und der Industrie im Besonderen - am meisten der KMUs - nach sich zieht. Selbst wenn die Nachfrage und Investitionsbereitschaft zunähme, kann man diese derzeit nicht über die Banken finanzieren, weil diese dafür einfach nicht mehr in der Lage sind.

Nach der Wende hat diese Expansion nach Osteuropa den österreichischen Banken ein gewaltiges Klumpenrisiko beschert mit dem Ergebnis, dass sowohl die Erste Bank wie die Raiffeisengruppe bereits riesige Abschreibungen hinnehmen mussten. Diese beiden Banken haben auch staatliche Hilfe gebraucht im Jahr 2008 und 2009. Die Erste hat die Hilfe als erst zurückbezahlt.

Die Hypo Alpe Adria und die ÖVAG sind Sonderfälle. Auch der Raiffeisensektor ist ein Sonderfall, aber in einem anderen Sinn. Die Dreistufigkeit in der Organisationsstruktur von Raiffeisen, aber auch des Sparkassensektors, macht die Dinge nicht einfacher. Über oder unter der RZB sind die Landesgesellschaften, von denen zwei am EZB-Radar sind, die Oberösterreicher und die Niederösterreicher. Die beiden sind zwar bei der ersten Review mit einem blauen Auge durchgekommen, wenn sich das Ergebnis bei der RBI aber verschlechtert, müssen die Oberösterreicher und Niederösterreicher erneut abschreiben und dann kann es zu

größeren Herausforderungen kommen. Zudem ist die starke Ertragskonzentration der RBI auf einen Markt – Russland – nicht unproblematisch.

Hypo Alpe Adria

Immer wieder werden im Zusammenhang mit der gescheiterten Hypo Alpe Adria die anderen größeren Bankenspieler am Balkan genannt und behauptet, dass die Notverstaatlichung deshalb so entschieden wurde, um weitere potentielle Verluste und Abschreibungen bei den anderen zu verhindern. Was dem Steuerzahler ein Vermögen kostet. Man hat lieber in Kauf genommen, den Bayern ein paar Milliarden zu schenken, was aber trotzdem nichts genutzt hat. Der Griss - Bericht spricht eine deutliche Sprache. Das Agieren der österreichischen Verhandler war mehr als ungeschickt, ja fahrlässig, schlecht vorbereitet und sie waren zudem schlecht juristisch aufgestellt. Das Ergebnis ist bekannt. Und nach der Verstaatlichung wurde es um nichts besser. Man hätte sofort aus der Hypo Alpe Adria eine Bad Bank machen sollen, aber da haben sich die zuständigen Finanzminister wegen der Staatsschuldenquote gefürchtet. Die Deutschen haben bei der Hypo Real Estate, die etwa zehn Mal so groß ist wie die Hypo, eine Bad Bank in Kauf genommen und bauen Schulden ab. Bei uns gehen die Schulden steil hinauf. Das war der erste Fehler, der zweite Fehler war, die Hypo nicht in Konkurs gehen zu lassen. Aus besagten Gründen. So sind wir bei der teuersten Lösung gelandet, nochmals verschärft durch die im Juli 2015 durch den Verfassungsgerichtshof erfolgte Aufhebung des ein Jahr zuvor beschlossenen Hypo-Sondergesetzes, wodurch der erfolgte Schuldenschnitt für nachrangige Anleihen aufgehoben wurde. Der Hypo-Skandal wird mit um die 15 Milliarden Euro zu Buche schlagen. Das ist ein bedrohliches Szenario. Auch für das Land Kärnten, das die hohe Verschuldung nicht ohne die Hilfe des Bundes stemmen wird können. Eine Insolvenz von Gebietskörperschaften ist in unserem Rechtssystem nicht vorgesehen. Was wir brauchen ist daher auch eine grundlegende Reform unseres Verwaltungssystems und des Verhältnisses von Bund und Ländern. Es kann nicht sein, dass die Länder immer mehr Kompetenzen an sich ziehen und der Bund ohne jede Kontrollmöglichkeiten zahlen muss.

Zukunft Europas

In Europa muss man endlich erkennen,, dass es nur zwei Optionen gibt: Wenn man auf der weltpolitischen Bühne mitentscheiden, also zu einem ernsthaften Player werden will, dann muss man nach außen mit einer Stimme sprechen und sich unter nationalstaatlicher Souveränitätsabgabe stärker integrieren. Wenn das nicht geschieht, wird Europa im Machtgefüge der Welt zum Spielball werden und einen

weiteren Bedeutungsschwund erleiden. Mit Mark Twain gesprochen „either we hang together or we hang seperately“.

Konflikt mit Rußland

Putin kann das eurasische Spiel zu spielen versuchen, ich meine ,er hat sich strategisch ver stolpert, er mag taktische Gewinne gehabt haben, aber wegen der wirtschaftlichen Schwäche des Landes und dessen Abhängigkeit vom Ölpreis wird das nicht aufgehen. Er hat ein paar Jahre windfall profits gehabt und hat aufgerüstet – und weiter? Er braucht einen Preis von 100 Dollar für das Fass Öl, dieser wird sich aber zwischen 60 und 70 Dollar einpendeln, sagen Experten. Das trifft Venezuela, Nigeria, die Iraner und ganz massiv die Russen. Europa und Russland sind wie siamesische Zwillinge, das sollte man sich von beiden Seiten vor Augen führen und unter dieser Präsmisse gemeinsam gangbare Wege für die Zukunft anstreben.

TTIP

Das Argument, dass ein Freihandelsabkommen mit den USA die sozialen Standards untergräbt und die Arbeitslosigkeit erhöht, widerspricht der empirischen Erkenntnissen. Im Gegenteil, alle wirtschaftshistorischen Beispiele zeigen, dass der freie Handel Wachstum fördert, Arbeitslosigkeit verringert und Wohlstand erhöht. Man kann sich bei der Ausarbeitung des TTIP-Vertrags auf die zwischenzeitlich gewonnenen Erfahrungen des zwischen den USA und Kanada abgeschlossenen Freihandelsabkommens stützen. Durch das TTIP eröffnen sich für unsere wirtschaftliche Entwicklung dringend benötigte Chancen. Die Öffentlichkeitsarbeit ist nicht nur bei TTIP äußerst verbesserungswürdig, sondern auch bei anderen EU-Themen. Nicht nur in Österreich ist es politischer Usus, etwas anderes zu erzählen als in Brüssel besprochen und beschlossen wurde. Dann kommen die Nichtregierungsorganisationen und nutzen diese Diskrepanzen zu ihrem eigenen Vorteil. Auf diese Weise haben die Anti-TTIP-Kräfte leichtes Spiel, die Ängste und Sorgen der Menschen lassen sich dann leicht ausnutzen.

IIndustrie 4.0

Mit der digitalen Revolution, der Nutzung und Verknüpfung riesiger Datenmengen (Big Data) und dem Einsatz vernetzter, mit künstlicher Intelligenz ausgestatteter und lernfähiger Roboter befinden wir uns in einer nächsten Phase, der vierten industriellen Revolution, oder kurz Industrie 4.0 und schon bald 5.0 bzw. (Cyber-Physical-Systems) bezeichnet. Auch diese wird alle unsere Lebensbereiche erfassen. Schon jetzt gibt es selbstständige Rasenmäher und Staubsauger, das Google-Auto befindet sich in der Testphase. Vor allem in der Medizin und in der

industriellen Fertigung werden Routineaufgaben durch Roboter leistungsfähiger und effizienter. Das „Internet der Dinge“ bis hin zur künstlichen Intelligenz wird erneut die gesellschaftlichen Verhältnisse und die Arbeitswelt grundlegend verändern. Dabei wird es, so wie bei den früheren industriellen Wellen nicht weniger, sondern mehr, allerdings andere Arbeit geben. Die Menschen werden von eintönigen Routinearbeiten befreit und für qualitativere und anspruchsvollere Tätigkeiten frei werden. Die geänderte Arbeitswelt wird aber neue Qualifikationen erfordern. Österreich wird die mit der neuen industriellen Schubwelle verbundenen Chancen nur dann nutzen können, wenn das Bildungs- und Ausbildungssystem endlich an die Anforderungen des 21. Jahrhunderts ausgerichtet, Wissenschaft und Forschung gefördert und ein entsprechendes Investitions- und Innovationsklima forciert wird. Sonst droht der Absturz! Bei Roboertisierung bzw. dem Internet aller Dinge hat Europa, vor allem aber Österreich, großen Nachholbedarf gegenüber den USA bei der Software und gegenüber China bei der Hardware. Mit unnötigen bürokratischen Vorschriften und neuen Maschinen-, sprich Roboterstürmern wir man dies nicht bewältigen.